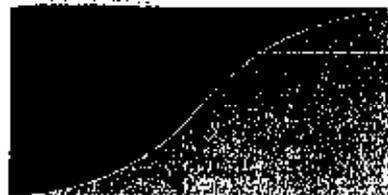


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Erich Ollenhauer: Steuermann der Sozialdemokratie.

Seite 1-3

Hugo Brandt NdB spricht Horst Herold seine Anerkennung aus: Bewundernswerte Leistung.

Seite 4

Hans Krollmann MdL bilanziert die Kommunalwahl in Hessen: Keine Resignation.

Seite 5

Manfred Schmidt MdB fordert das Zeugnisverweigerungsrecht auch für Fotojournalisten: Initiative in der SPD-Bundestagsfraktion.

Seite 6

Jürgen Egert MdB analysiert das Ergebnis der jüngsten Konzertierte Aktion: Skepsis angezeigt.

Seite 7

Hermann Scheer MdB warnt vor Querschlägern in der US-Administration: Politische Irrläufer.

Seite 8

Dokumentation: SPD Baden-Württemberg zur Nachrüstung.

Seite 9

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 57

24. März 1981

Erich Ollenhauer

Steuermann der Sozialdemokratie

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Erich Ollenhauer, geboren am 27. März 1901 in Magdeburg, gestorben am 14. Dezember 1963 in Bonn, war als Arbeiterjugendführer nach dem Ersten Weltkrieg, als Treuhänder der deutschen Sozialdemokratie in der Emigration während der Hitlerdiktatur, als stellvertretender Vorsitzender der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Tode Kurt Schumachers und von 1952 bis Dezember 1963 als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bundestagsfraktion im getrennten Deutschland Steuermann der Sozialdemokratie in stürmischen Wettern.

Im Januar 1964 würdigte der damalige Präsident des Deutschen Bundestages Eugen Gerstenmaier in seiner Gedenkrede Erich Ollenhauer:

"Erich Ollenhauers persönlicher Lebensweg war so bewegt und so sehr mit dem Schicksal unseres Volkes in diesem Jahrhundert verbunden, daß in seiner Erscheinung Persönliches und Geschichtliches, Individualität und politische Bestimmung zur untrennbaren Einheit wurden. Verschmelzungen dieser Art sind wir gewöhnt an Männern, die mit Mitteln großer Macht herrschend, ihre Epoche prägten. Neben ihnen und oft gegen sie gab und gibt es aber auch andere, denen die Staatsmacht versagt ist, deren Leben und Wirken dadurch aber nur noch entsagungreicher auf Dienst, Hingabe und Opfer gestimmt bleibt.

Nur der ganz Oberflächliche kann den Ertrag, den persönlichen und geschichtlichen Ertrag eines solchen Lebens daran messen, ob ihm die Macht des Staates zugefallen oder verweigert worden ist. Bei allem Respekt vor dem Rang, der dem hohen Staatsamt eigen ist, - sein Besitz allein tut es noch nicht...



In Opposition sein heißt...nicht, ein Bürger zweiter Klasse oder ein Stiefkind des Staates zu sein, sondern es heißt, frei von Überheblichkeit und Minderwertigkeitsgefühlen dem Ganzen zu dienen mit den Zielen und den Erkenntnissen, deren Verwirklichung man dem Wohl des ganzen Volkes schuldig zu sein glaubt. Eine Opposition, die dies und nicht weniger von sich selbst und ihrer Führung verlangt, kann unzweifelhaft auch Rang und Geltung in diesem Staat erwarten. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diesen Rang und diese Geltung in Deutschland mit verschafft, in führender Position mit erworben zu haben, das ist das große Verdienst Erich Ollenhauers."

Willy Brandt - Nachfolger Erich Ollenhauers im Parteivorsitz - hat in seiner ersten Rede als Vorsitzender der SPD am 16. Februar 1964 unter anderem der deutschen Jugend gesagt:

"Achtet das Beispiel von Männern wie August Bebel und Georg von Vollmar, Julius Leber und Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Erich Ollenhauer! Es erfordert Größe, auch in größter Not zu kämpfen, um die Hoffnungslosigkeit einer gegebenen Lage zu wissen und dennoch nicht aufzugeben. Wir sind sachlich geworden in dieser Zeit, und kaum jemand wagt über Gefühle zu sprechen. Aber gerade die Jugend, die heutzutage wenig darüber spricht, kann sie nicht leugnen. Was den Menschen zu Außerordentlichem befähigt, was ihn trägt und was ihn mit Kühnheit nach vorn schreiten läßt, das hat es auch in den schwärzesten Kapiteln unserer Geschichte gegeben. Und dieser Geist muß wieder lebendig werden in unserem Volk. Kühlschränke, Fernsehapparate, Autos gehören zum Alltag. Aber der technische Fortschritt ersetzt nicht das Ringen um ein würdiges Leben, ersetzt nicht die geistige Aufgeschlossenheit unserer Menschen, die wir brauchen, um die Visionen der Zukunft in harter Arbeit zu bewältigen. Ohne Grundüberzeugungen ist das nicht möglich. Dies sind die Orientierungspunkte der Partei. In diesem Sinne appelliere ich an das kritische Selbstbewußtsein unserer Partei, bitte ich um die Mitarbeit all unserer Mitglieder und Freunde. Ich möchte, daß der Appell von hier hinausgetragen werde in alle Teile der Bundesrepublik. Die Kraft der Partei ist so groß wie die Summe des Willens und der Ideen von uns allen."

Erich Ollenhauer war es, der 1949 in der ersten Debatte des Deutschen Bundestages zur Regierungserklärung Adenauers gesagt hat:

"Es kommt gar nicht darauf an, sich gegenseitig gut zuzureden. Es kommt darauf an, daß wir die sachlichen Positionen der einen und der anderen Seite beziehen und dann feststellen, wo es eine Gemeinsamkeit gibt und wo das nicht der Fall ist. Denn unsere Opposition ist nicht die Negation der Regierung. Unsere Opposition ist begründet auf unserer eigenen Vorstellung über die zweckmäßigste Form des Aufbaus und der Verwaltung der Bundesrepublik und über den politischen und sozialen Inhalt des neuen Staatswesens."

Sein Demokratieverständnis, das die Notwendigkeit der eigenen festen Position mit der Bereitschaft zum Aufeinanderzugehen verband, machte aus ihm den großen Parlamentarier der sachlichen Auseinandersetzung. Die Bundesrepublik und der Bundestag hatten in Erich Ollenhauer ein Vorbild für Demokratieverständnis und Demokratie-Verwirklichung.

Für die Sozialdemokratische Partei bedeutete Erich Ollenhauer:

Die lebendige, kraftspendende Verbindung mit den Sozialdemokraten in der Welt, die Seele des Zusammenhalts mit den Sozialdemokraten, die im Osten stummgemacht worden sind,



die zugleich anregende und ausgleichende Persönlichkeit, durch die unsere verschiedenen Generationen und die in zahlreichen Teilgebieten von Gesellschaft und Staat wirkenden Sozialdemokraten zusammenwirken.

Er war der Mann des Vertrauens der großen und weitverzweigten Familie der Sozialdemokraten.

Es sei erinnert an die Sätze, die er nach den Debatten und dem Beschluß über das Grundsatzzprogramm der SPD 1959 in Bad Godesberg ausgesprochen hat:

"Unsere Bewegung ist zu alt und unsere Erfahrungen sind zu umfassend, als daß wir hier mit dem Gefühl weggehen würden, daß dieser Aufruf allein die Menschen in Bewegung setzen wird. Wir werden hart arbeiten und hart kämpfen müssen, und wir werden Stück für Stück von unserem Programm in die Realitäten unserer Zeit durchsetzen müssen. Wir werden es schaffen, wenn hinter dieser Aufgabe vor allem auch die Bereitschaft und der Wille stehen, das Ganze an menschlicher Kraft, Leidenschaft und Überzeugung dafür einzusetzen. Es ist wahr, wenn wir gesagt haben, daß wir als Generation der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts vor den großen Widerspruch dieser Zeit gestellt sind und daß dieser Widerspruch ein Aufruf ist an alle Menschen, sich anzustrengen, ihn zu überwinden, um Glück und Freiheit und Menschenwürde für uns und alle Völker zu sichern. Ich glaube, daß unser Weg, der Weg des demokratischen Sozialismus, in der Lage ist, diesen Widerspruch der Zeit zu überwinden und den Menschen den Weg in eine hellere Zukunft zu ermöglichen."

Erich Ollenhauer, Steuermann der Sozialdemokraten in schwierigen Zeiten, ist ein Vorbild auch für die nachwachsenden Jahrgänge. (-/24.3.1981/ks/ca)

+ + +



Bewundernswerte Leistung

Horst Herold bewies Opferbereitschaft und unermüdlischen Fleiß

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Am 1. April tritt Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes in den vorzeitigen Ruhestand. Mit ihm verläßt ein Mann das "Amt", der wie kein anderer seine Spuren und Abdrücke in der Polizeilandschaft unseres Staates hinterlassen hat.

Der einzigartige Aufbau des Bundeskriminalamtes zu einer der modernsten und leistungsfähigsten Polizeibehörde der Welt ist genauso unlösbar mit dem Wirken von Horst Herold verbunden, wie seine bahnbrechenden Methoden bei der Kriminalitätsbekämpfung als Polizeipräsident in Nürnberg.

Horst Herold, der sich wie viele von uns seinen eigentlichen Berufswunsch, Mediziner zu werden, nicht erfüllen konnte, hat in seinem Berufsleben in jeder neuen Aufgabe ungewöhnliche Wege beschritten. Als Strafrichter, als Polizeipräsident und Präsident des Bundeskriminalamtes hat er die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung in den Dienst der Kriminalitätsbekämpfung gestellt und zwar immer mit Erfolg. Sein Antrieb war dabei nicht die von Kritikern unterstellte Vision eines allwissenden und allmächtigen Polizeiapparates, sondern das Ziel durch den Einsatz wissenschaftlicher Methoden und modernster Apparaturen Sachbeweise erstellen zu können, die das Geständnis und die Aussagen von Zeugen zweitrangig werden lassen. Es ist zutiefst humanes Ziel, einen Verdächtigen nicht durch abgerungene oder gar erpreßte Geständnisse zu überführen, sondern hierfür das wissenschaftlich erstellte Gutachten einzusetzen. Angesichts einer Welt, in der physische und psychische Folter an der Tagesordnung sind, ist dies ein Weg, der konsequent weitergegangen werden muß. Bereits heute bewirken 50 Prozent aller Gutachten des Bundeskriminalamtes, daß ein zunächst Verdächtiger als Täter ausgeschlossen werden kann.

Für so manch einen Bürger unseres Staates mag Horst Herold - aus welchen Gründen auch immer - ein ideales Feindbild abgeben. Die Mitglieder der SPD-Fraktion, die ihn lange kennen und mit ihm oft Kontakt hatten, sehen in Horst Herold einen Menschen, der aus zutiefst humanen Beweggründen und tiefer Verwurzelung in der SPD, den Menschen unseres Landes in ihrem Verhältnis zur Polizei mehr Sicherheit, mehr Freiheit und damit weniger Angst geben wollte, kurz: ihnen dienen wollte.

Auch wenn manch ein Kritiker dies heute nicht erkennen kann oder erkennen will, die Zukunft wird zeigen, daß der von Horst Herold eingeschlagene Weg richtig ist. Seine Arbeit, die vor allem in den letzten Jahren der Bekämpfung des Terrorismus und der Rauschgiftkriminalität diente, hat Horst Herold zusätzlichen Gefährdungen und Belastungen ausgesetzt. Diesem Druck so lange Stand gehalten zu haben, ist eine bewundernswerte Leistung. Stellvertretend für viele Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion möchte ich Horst Herold für sein Lebenswerk, seine Opferbereitschaft und seinen unermüdlischen Fleiß nur ein Wort sagen - "Danke"!

Ich verabschiede mich von dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, nicht von dem Freunde, von dem ich hoffe, daß er mir auch künftig zu Gesprächen zur Verfügung stehen wird, die keineswegs sich mit Innerer Sicherheit alleine beschäftigen. Das am allerwenigsten. Aber ich möchte ihn auch bitten, seinen Sachverstand und seine Kreativität der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Ich habe das Gefühl, daß sie ihn dringend braucht.

(-/24.3.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Keine Resignation nach der Kommunalwahl in Hessen

Die SPD muß überzeugen und glaubwürdige Perspektiven aufzeigen

Von Hans Krollmann MdL

Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord

Dieser Wahlabend hat neben seiner weitreichenden Bedeutung für die künftige Arbeit unserer Partei gezeigt, daß kommunale Wahlen in mancherlei Hinsicht eine Eigenständigkeit zurückgewonnen haben, die es verbietet, sie als kleine Bundes- oder Landtagstestwahlen zu interpretieren. Regionale und örtliche Faktoren spielen bei der Entscheidung der Bürger über die Zusammensetzung kommunaler Parlamente offensichtlich wieder eine größere Rolle als noch vor wenigen Jahren.

Und so ermutigend das Ergebnis für die hessische Sozialdemokratie auch war, es gibt meines Erachtens keinen Anlaß zur Resignation. Die Niederlage - gerade in Frankfurt - muß vielmehr Ansporn sein, bessere Überzeugungsarbeit zu leisten und insbesondere der jungen Generation glaubwürdige Perspektiven zu vermitteln. Wer eine selbstkritische Bestandsaufnahme nicht scheut, der muß sich eingestehen, daß es offensichtlich nicht gelungen ist, den Bürgern - und hier insbesondere einem kritischen Teil der jungen Generation - Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik deutlich zu machen. Eine Konsequenz aus diesen Versäumnissen war mit Sicherheit, daß viele Wähler der SPD an diesem 22. März erst gar nicht zur Urne gegangen sind und andere aus Protest den Grünen die Stimme gaben.

Die unbestreitbaren Leistungen der Sozialdemokraten auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurden überdeckt von den spektakulären Entscheidungen und Diskussionen der letzten Wochen und Monate. Die in ökologischen Fragen besonders sensiblen jüngeren Bürger hatten offensichtlich den Glauben daran verloren, daß Sozialdemokraten am ehesten bereit und in der Lage sind, sowohl für eine lebenswerte Umwelt als auch für sichere Arbeitsplätze zu sorgen. Dabei wurde offenbar von vielen Protestwählern nicht bedacht, daß in der Konsequenz die Stimmabgabe für die Grünen und die Schwächung der Sozialdemokratie denjenigen das politische Handlungsfeld überläßt, die ohne Skrupel heute wie eh und je auf Kapital und Wachstum um jeden Preis setzen.

Es erscheint deshalb als die wichtigste Aufgabe der kommenden Monate und Jahre, die Rolle der SPD als der "Partei der Verantwortung" herauszustellen. Diese Verantwortung gilt in erster Linie den Arbeitnehmern. Deshalb muß als oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik der Kampf für die Sicherung der Arbeitsplätze in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Überzeugungskraft gestellt werden. Dieses politische Ziel berührt unmittelbar die Lebensgrundlagen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. In der ökologischen Diskussion müssen Sozialdemokraten deutlich machen, daß die Positionen des Berliner Parteitages eine lebenswerte Umwelt und gesicherte Arbeitsplätze überzeugend verknüpfen.

Und schließlich müssen wir kompromißlos den Bürger darauf aufmerksam machen, daß mancherorts das "St. Florians-Prinzip" an die Stelle demokratischer Mitverantwortung getreten ist. Wir alle wollen Energie nutzen, aber keiner will das Kraftwerk in der Nachbarschaft; wir alle produzieren tonnenweise Müll, aber keiner will Müllbeseitigung in seiner Nähe; wir alle wollen auf dem schnellsten Weg in den Urlaub, die entsprechenden Start- oder Autobahnen will niemand vor die Tür gebaut haben; Resozialisierung ja, aber bitte keine Freigängeranstalt im eigenen Ort; Hilfe für geistig Behinderte ja, aber bitte kein solches Heim in der unmittelbaren Nachbarschaft! Sozialdemokraten sollten sich vor solche Initiativkarren nicht spannen lassen. Wir müssen vielmehr deutlich machen, daß soziales Miteinander in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft vom Einzelnen in mancherlei Hinsicht auch Opfer verlangt. Mir scheint, das Lernziel in der Sozialdemokratie und in unserer Gesellschaft allgemein heißt heute "Solidarität".

(-/24.3.1981/ks/ca)

+ + +



Initiative in der SPD-Bundestagsfraktion
-----**Zeugnisverweigerungsrecht auch für Fotojournalisten**

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Pressefreiheit muß unteilbar bleiben, das heißt gleiche Rechte und gleiche Pflichten für schreibende und fotografierende Journalisten. Wie ihre schreibenden Kollegen müssen sich auch die Zeitungsfotografen auf das journalistische Zeugnisverweigerungsrecht berufen dürfen. Leider haben Gerichte in Hannover und Neumünster in den letzten Wochen dieses Recht verneint und durch Strafverfolgungsbehörden in Redaktionen Fotomaterial beschlagnahmen lassen. Auch wenn das noch Ausnahmefälle sind, die Verunsicherung unter Journalisten ist sehr groß.

Durch die Beschlagnahme ist ein eklatanter Mangel des geltenden Zeugnisverweigerungsrechts sichtbar geworden, den der Gesetzgeber so rasch als nur möglich zu beheben hat im Interesse der Pressefreiheit und der freien Berufsausübung speziell von Pressefotografen. In den zuständigen Gremien der SPD-Bundestagsfraktion werde ich deshalb entsprechende Initiativen ergreifen.

Es kann nicht angehen, daß ein Teil der Journalisten zwangsweise zu Hilfsorganen der Strafverfolgungsbehörden gemacht wird. Mit einer freien Berichterstattung und dem Gebot der freien Berufsausübung hat diese Entwicklung nichts mehr zu tun. Wenn diese Rechtseinschränkung von Pressefotografen um sich greift, dann würde sich künftig jeder Veranstalter genau überlegen, ob er die Einladung von Pressefotografen überhaupt noch verantworten kann.

Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse des Gesetzgebers sein. Die Gleichwertigkeit von Text- und Bildjournalismus, die gemeinsame Intention, Vorgänge der Zeitgeschichte zu dokumentieren, kann nicht durch einen Angriff auf das Zeugnisverweigerungsrecht der Fotojournalisten in Frage gestellt werden. Das wäre ein Rückfall in Zeiten, in denen die freie Berichterstattung unter Androhung von Gefängnisstrafen und Ausübung von Zensur geknebelt wurde. Die Rechtssicherheit der Fotojournalisten muß deshalb im Interesse der Demokratie hergestellt werden.

(-/24.3.1981/vo-he/ca)



Skepsis ist angezeigt**Die Konzertierte Aktion in der Bewährungsprobe**

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Frühjahrssitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen hat zu einem Zeitpunkt getagt, zu dem die Veröffentlichung der besorgniserregenden Zahlen über den Anstieg der Gesundheitskosten im vergangenen Jahr noch frisch im Gedächtnis sind. In nahezu allen Sektoren des Gesundheitswesens lagen die Kostensteigerungen deutlich über den Empfehlungen der Konzertierten Aktion. Angesichts der erheblichen Beitragsbelastungen der Versicherten kann ein erneuter Kostenschub keinesfalls hingenommen werden; eine 8,6-prozentige Steigerung der Leistungsausgaben bei nur 5,5 Prozent Steigerung der Grundlohnsomme ist untragbar.

Es wird viel darauf ankommen, daß im laufenden Jahr 1981 das zu erwartende Anwachsen der Grundlohnsomme um vier Prozent bei der Steigerung der Leistungsausgaben der Krankenversicherung nicht überstiegen wird. Dies gilt für alle Sektoren des Gesundheitswesens. Anderenfalls ist ein erneuter Beitragsschub unausweichlich. Ob dieses Ziel erreicht werden kann und ob die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen Erfolg haben kann, erscheint nicht frei von Zweifeln; dies vor allem vor dem Hintergrund des überhöhten Vertragsabschlusses zwischen Ärzten und Krankenkassen, der den Ärzten für das 1. Halbjahr 1981 ein Mehr von über sieben Prozent einbringen wird.

Besonders besorgniserregend ist 1980 die Steigerung der Kosten im Arzneimittelbereich gewesen. Neun Prozent Steigerung sind eine schwere Hypothek, die auch das Ziel für 1981, vier Prozent Steigerung der Arzneimittelausgaben, ernsthaft belasten. Wenn der Vorsitzende des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie jetzt in einem Schreiben die einzelnen Firmen für 1981 zu einer verantwortungsbewußten Preispolitik mahnt, läßt dies Rückschlüsse auf die Preispolitik der Pharmaunternehmen im vergangenen Jahr zu.

Als sehr schwierig muß die Situation im Krankenhaussektor bewertet werden. Wenn vor dem Hintergrund einer acht prozentigen Kostensteigerung im Krankenhaus für 1980 der Versuch der Bundesregierung zu einer Reform der Krankenhausfinanzierung von allen Bundesländern durch die ernsthaft geäußerte Absicht, den Bund aus der Krankenhausfinanzierung zurückzudrängen, unterlaufen werden sollte, trifft alle Bundesländer gleichermaßen ein erhebliches Maß an Verantwortung für die Kostensteigerung im Krankenhausbereich. Wer, wie die Bundesländer, das Krankenhausfinanzierungsrecht zu einer Gesetzeshülse ohne politischen Inhalt verformen will, muß wissen, daß der Bund über das Leistungsrecht der Krankenkassen in der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit hat, dem Recht der Krankenversicherten auf sparsamen Umgang mit ihren Beiträgen Geltung zu verschaffen. Er wird von diesem Recht notfalls auch ohne Zögern Gebrauch machen müssen.

Die Konzertierte Aktion, die ohne die freiwillige Bereitschaft der Gruppen des Gesundheitswesens zur Mitwirkung nicht erfolgreich sein kann, steht in der Bewährungsprobe. Wer fortwährend von der Verantwortungsbereitschaft der Betroffenen spricht, Probleme zum Nutzen aller selbst lösen zu können, wird jetzt beweisen müssen, ob dies ernst gemeint ist oder bloßes Gerede.

Sollten die Leistungserbringer im Gesundheitswesen im Rahmen ihrer Mitwirkung in der Konzertierten Aktion nicht in der Lage oder bereit sein, die Kostenprobleme zu lösen, wird der Gesetzgeber aktiv werden müssen; daran führt kein Weg vorbei. Alle Betroffenen sollten sich eindringlich vor Augen führen, welche Folgen es haben könnte, wenn sie sich der Chancen begäben, die in ihrer konstruktiven Mitarbeit in der Konzertierten Aktion liegen. Der Gesetzgeber darf es nicht zulassen, daß den Versicherten in schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten zusätzlich eine Beitragswelle in der sozialen Krankenversicherung zugemutet wird. Er wird es auch nicht tun, er wird handeln müssen, allen ideologisch begründeten Bremsmanövern im politischen Bereich zum Trotz! (-/24.3.1981/ks/ca)

+ + +



Politische Irrläufer

Querschläger konterkarieren das US-Außenministerium

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die amerikanische Administration darf es nicht mehr wundern, wenn ihr in Westeuropa immer weniger Stetigkeit und Umsicht zugetraut wird. Zwar scheint das amerikanische Außenministerium darum bemüht, mit den westeuropäischen NATO-Partnern ein Klima wechselseitiger Bündnisrücksihtnahme zu schaffen, doch können die Querschläger aus dem Pentagon oder aus dem dem US-Präsidenten direkt unterstehenden nationalen Sicherheitsrat nicht länger übersehen oder als Betriebsunfall abgetan werden.

Die jüngsten Äußerungen des Sicherheitsberaters Allen sind der bisher deutlichste Beleg dafür, daß es zum ureigensten Interesse der westeuropäischen NATO-Staaten gehört, den Amerikanern deutlich zu machen, daß die Grenzen des Zumutbaren schnell erreicht sind. Wer - wie Allen - ernsthaften Rüstungskontrollverhandlungen etwa im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß eine Absage erteilt, verletzt unmittelbare Bündnisverpflichtungen. Wer - wie Allen - "ein gewisses Maß von Demütigung und Beleidigung" gegenüber den europäischen Bündnispartnern für geboten hält, dem ist eine gebührende Antwort zu erteilen.

Offenkundig sitzen inzwischen im Weißen Haus eine Reihe politischer Irrläufer, die in Verbindung mit der Verantwortung, die sie übertragen bekommen haben, schnell zu einem Sicherheitsrisiko im NATO-Bündnis werden könnten. Sollten solche Positionen bestimmend für die amerikanische Außenpolitik werden, würde zum Beispiel eine Revision des NATO-Nachrüstungsbeschlusses unausweichlich - und zwar nicht nur seitens der Bundesrepublik Deutschland, sondern aller europäischen NATO-Staaten.

In diesem Zusammenhang ist vor allem der CDU/CSU und ihrem außenpolitischen Sprecher Wörner anzuraten, ihre Speichelleckerei gegenüber solchen amerikanischen Positionen endlich zu beenden. Wer alles blindlings nachhäft, was von den konservativsten Kreisen der neuen US-Administration vorgeführt wird, dem fehlt es offenbar an der gebotenen nationalen Selbstachtung. Bei den vielfachen deutsch-amerikanischen Gesprächen ist es deshalb offenkundig notwendig, auch den Amerikanern klarzumachen, wie sehr sie ihrerseits von Westeuropa abhängig sind, und daß die Westeuropäer sich durchaus ein größeres Selbstbewußtsein gegenüber den USA leisten können und müssen.

(-/24.3.1981/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Am vergangenen Wochenende hat der Landesvorstand der baden-württembergischen SPD einen Beschluß zur Nato-Nachrüstung gefaßt, der in der Öffentlichkeit teilweise falsch wiedergegeben wurde. Der Text lautet vollständig:

Betr.: Nachrüstung

Ausgehend vom Berliner Parteitagsbeschluß stellt die SPD Baden-Württemberg fest:

1. Es ist für alle europäischen Staaten von existentiellen Interesse, daß auf dem Wege von Rüstungskontrollverhandlungen ein Ergebnis erreicht wird, das den Verzicht auf die geplante Nachrüstung bei entsprechender Reduzierung der schon aufgestellten SS-20-Raketen zum Inhalt hat. Nur so kann die Gefahr eines auf Europa begrenzten Atomkrieges entscheidend vermindert werden.
2. Die Ereignisse der letzten 18 Monate haben das Erreichen dieser Zielsetzung eher erschwert. Eine Politik, die eine militärische Überlegenheit anstrebt oder das Ost-West-Verhältnis durch sonstige Schritte willkürlich verschlechtert, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.
3. Erforderlich ist, daß die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft beider Supermächte in die sofortige Aufnahme konkreter Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mündet: Ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen kann ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein.
4. Wir erwarten, daß die Verhandlungen konstruktiv mit dem Ziel eines wechselseitigen Verzichts auf eine eurostrategische Aufrüstung geführt werden. Wer einen Teil des Doppelbeschlusses in Frage stellt, der stellt auch den anderen in Frage. An einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abzielt, werden wir uns nicht beteiligen, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen. Wir werden deshalb auf dem ordentlichen Parteitag in München auf die Prüfung der Frage drängen, ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluß des Berliner Parteitages entfallen und eine Revision des Beschlusses notwendig ist.

(-/24.3.1981/v0-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

